

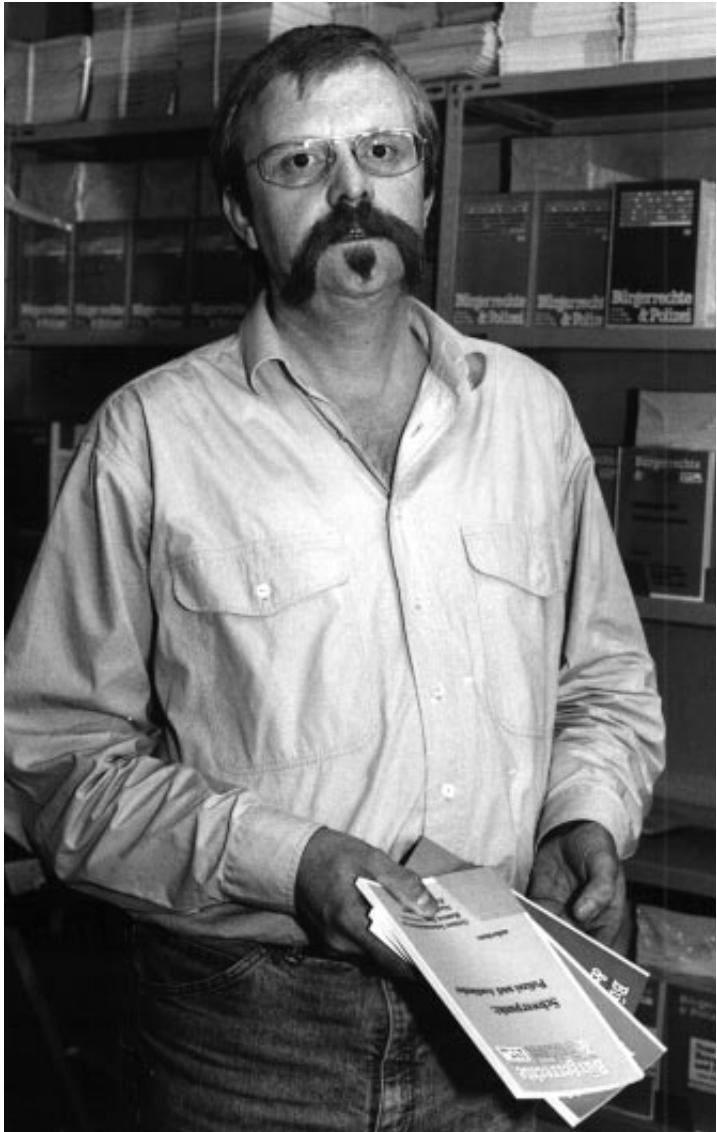
»Der Korpsgeist hat sich eingeschliffen...«

Gewalt gegen Ausländer, Nachsicht für Rechtsradikale.

Sind deutsche Polizisten fremdenfeindlich und gewalttätig?

Notwendig ist eine andere Polizei. Doch Korpsgeist verhindert Kontrolle und Reformen.

Mit Otto Diederichs, der an der Freien Universität in Berlin das Periodikum »Bürgerrechte und Polizei/CILIP« mit herausgibt, sprach Inge Günther.



■ **NK:** Allein in Berlin ermittelt die Staatsanwaltschaft derzeit in etwa 50 Fällen gegen Polizeibeamte wegen Verdachts des Amtsmißbrauchs, wegen Strafvereitelung und Gewaltdelikten. Jetzt zeigt sich die Öffentlichkeit schockiert. Doch was wird daraus, wenn das allgemeine Interesse wieder einschläft?

Diederichs: Die bisherigen Erfahrungen sind ausgesprochen schlecht. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß von den Ermittlungsverfahren, die gegen Beamte überhaupt in Gang gesetzt werden, ca. 90 Prozent eingestellt werden oder Freisprüche erfolgen, müßte man normalerweise eine ganz negative Prognose stellen. Im Moment ist die Situation etwas anders. Erstes Zeichen in diese Richtung: Vor kurzem sind drei Beamte zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt worden, die an Weihnachten 1993 in Berlin einen Iraner mißhandelt haben. Verglichen mit dem, was ein Normalbürger in einem solchen Fall zu erwarten hätte, hat das Gericht diese Beamten ausgesprochen »nobel« behandelt. Dennoch besitzt dieses Urteil für Polizisten einen hohen Aufmerksamkeitswert.

Sehr viel wird davon abhängen, wie die Bernauer Verfahren ausgehen. Der Beamte, der seinen sexuellen Mißbrauch gestanden hat, wird sicher verurteilt werden. Bei den anderen, die Vietnamesen schwer mißhandelt haben sollen, ist das fraglich. Schließlich ist das Gericht in Frankfurt/Oder zuständig. Im Fall des Totschlags an Antonio Amadeu hat dieses Gericht das Verfahren gegen Beamte, die tatenlos zugeschaut hatten, gar nicht erst eröffnet. Sollten auch die aktuellen Verfahren mit Freisprüchen enden, wird dieses Urteil in sämtlichen Amtsstuben aushängen. Dann ist davon auszugehen, daß es schlimmer wird, als es ist.

■ **NK:** Nicht nur die Justiz muß sich mit Polizeiübergriffen beschäftigen, sondern auch die Innenminister. In den Ländern handhabt man dieses Problem sehr unterschiedlich. In Hamburg geht der Innensenator, in Berlin dürfte die Sache folgenlos bleiben, während in Brandenburg Beamte der unteren Ebene ihren Job als Schleudersitz bezeichnen.

Diederichs: Natürlich ist ausschlaggebend für den Umgang mit solchen Fällen, wes Geisteskind der Senator oder Innenminister ist. Vor allem aber müssen wir mitbedenken: Polizei und die sie umgebende Ministerialbürokratie sind reine Männervereine. Männerbündnisse entstehen da sehr schnell. Der Korpsgeist hat sich über Jahrzehnte hinweg eingeschliffen. Man »verpfeift« sich gegenseitig nicht.

In Brandenburg haben wir eine andere Situation. Die Personen, die dort die Verfahren in Gang gebracht haben, sind drei Frauen. Die sind nicht aus dem Korpsgeist erwachsen. Das ist einmal die Polizeipräsidentin von Eberswalde, Uta Leichsenring, die Zuständige für die Wache Bernau. Dann die Staatsanwältin in Frankfurt/Oder und die Ausländerbeauftragte Almuth Berger. Dieses Frauen-Triumvirat hat die Sache in Gang gebracht.

■ **NK:** *Korpsgeist bedeutet Zusammenhalt und Gruppenehre. Das Tabu, Wehrlose zu schlagen, müßte eigentlich ebenso selbstverständlich zur Polizistenehre gehören. Warum ist Zivilcourage bei der uniformierten Polizei so fremd?*

Diederichs: Polizeibeamte sind in ihrem Weltbild eher konservativ orientiert. Oft kommen sie aus Familien, wo bereits der Vater, Bruder oder Onkel Polizist ist. Da findet eine Grundprägung statt. Dann kommt der junge Mensch in die Polizeiausbildung. In den Flächenstaaten bedeutet das im Regelfall, weg von zu Hause, rein in eine Kaserne. Das wird heute zwar internationale Unterbringung genannt, im Endeffekt hat sich aber nicht viel geändert. Der Auszubildende kommt in eine geschlossene Lebenswelt, verliert den Kontakt zu seinem bisherigen Freundeskreis und findet dafür den der Polizeibeamten. Zudem wird er ausgebildet von Polizeibeamten, die ihrerseits von Polizeibeamten ausgebildet wurden. Dieses Perpetuum Mobile wird also kaum durchbrochen. Der alte Mief bleibt in den Wänden hängen. Das ist gar nicht einmal eine ketzerische linke Position. Die niedersächsische Reformkommission hat in ihrem Bericht zur Ausbildung genau dies festgestellt: Es entsteht ein Ingrup-Ver-

halten, das dazu führt, daß man die Polizei und das eigene Sein als Polizist überinterpretiert. Jeder Angriff gegen die Polizei als Institution wird als ein persönlicher Angriff verstanden.

■ **NK:** *Die Polizeikandale bestehen nicht nur in Übergriffen, viele fallen durch Tatenlosigkeit auf, siehe das Geschehen im Fall Amadeu Antonio oder auch während des »Herrentages« in Magdeburg. Doch Opfer sind immer die Gleichen: Ausländer und soziale Randgruppen. Da scheint das Feindbild bei der Polizei falsch programmiert zu sein.*

Diederichs: Nein, das »Feindbild« paßt genau in diese konservativ geprägte autoritär entwickelte Haltung: In Polizeiaugen sind das alles Leute, die die Ordnung stören: »Penner«, Punks, Ausländer, Prostituierte. An denen entlädt sich der ganze Frust, den der Beamte aufgestaut hat. In seiner Arbeit ist er täglich mit den Negativseiten der Gesellschaft konfrontiert. Das Argument der Polizei ist ja auch immer: »Wir nehmen Straftäter fest und die Justiz läßt sie wieder laufen, zwei Stunden später begegnen wir den Vietnamesen, die illegal Zigaretten verkaufen, wieder auf der Straße.«

Dann wird eben der Vietnamese oder der Araber oder der Obdachlose nicht der Justiz zugeführt, sondern »kriegt erst einmal ein paar aufs Maul«. Der Beamte hat Luft abgelassen. Das ist menschlich verständlich, aber gerade in einem Apparat, der mit Macht ausgestattet ist, darf so etwas nicht vorkommen. Tut es das doch, muß rigoros durchgegriffen werden. Dann aber greift der zweite Mechanismus, die Kameraderie, der Korpsgeist. Man sagt nichts, man guckt weg, das Ganze wird von oben gedeckt. Es ist völlig gefahrlos. Wer wird schon einem Obdachlosen mehr glauben als zwei Polizeiaussagen. Im Regelfall haben die Betroffenen kaum die Möglichkeit, sich durchzusetzen.

■ **NK:** *Es gibt unterschiedliche Qualitäten im Polizeifehlverhalten. Nachvollziehbar ist, daß Polizisten bisweilen überfordert und auch ruppig sind. Etwas anderes ist es doch, wenn die Polizei ihre Stel-*

lung nutzt, um gezielt Schläge auszuteilen oder gar Menschen auf sadistische Weise, wie in Bernau geschehen, zu quälen.

Diederichs: Das gibt es natürlich, daß Leute mit solchen Neigungen in den Polizeidienst eintreten. Aber dem Gros der Polizeischüler muß man eher eine Art Helfersyndrom attestieren. Die wollen mit Menschen arbeiten, wollen erst einmal »Freund und Helfer« sein. In der Ausbildung werden sie systematisch kaputt gemacht. Sie werden mit Rechtsvorschriften zugeschüttet, die ihnen im täglichen Berufsleben überhaupt nicht weiterhelfen. Gleichzeitig verlieren sie jede Fähigkeit zur kommunikativen Auseinandersetzung, Kommunikation reduziert sich auf die Formalien eines polizeilichen Anzeigenprotokolls und ähnliches. Wenn sie das alles überstanden haben, kommen sie auf die Wache, in den Alltagsschock. Und ein leider immer noch sehr übliches Ritual ist, daß die Neuen mit den Worten empfangen werden: »So nun vergeßt mal alles, was ihr in der Ausbildung gelernt habt, jetzt machen wir Polizisten aus euch.«

■ **NK:** *Ist es noch vertretbar, daß man Polizisten gegen Polizisten ermitteln läßt? Braucht man dazu nicht eine unabhängige Instanz außerhalb der Behörde?*

Diederichs: Disziplinararbeiten, die solchen Fällen nachgehen, gibt es bei den Polizeibehörden seit langem. Die beklagen sich aber darüber, daß die Betroffenen nicht zu ihnen kommen, daß sie keine Zeugenaussagen erhalten etc. Die Gründe gehen zurück bis in die siebziger Jahre. Stichworte sind Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung, Hausbesetzungen. Die Erfahrung besagt, daß in solchen Verfahren die Aussagen von Polizeibeamten nachträglich korrigiert worden sind, wenn die Aussagen der Betroffenen vorlagen. Anwälte von Betroffenen raten daher zu Recht, sich mit Aussagen zurückzuhalten und erst bei der Staatsanwaltschaft auszusagen. Ich kann abgestimmte Aussagen von Polizeizeugen nur dann erschüttern, wenn ich sie so spät wie möglich mit einer anderen Aussage konfrontiere.

„
Die Neigung, Verfahren gegen Polizisten einzustellen, kann man voraussetzen.
“

Beamte, die solche Fälle ernsthaft ermitteln wollen, brauchen sehr starke Nerven. Sie sind im Apparat nicht gut gelitten, sie gelten als Nestbeschmutzer. Das gilt für ermittelnde Beamte ebenso wie für anzeigenende Beamte. Die brauchen eine gehörige Portion Zivilcourage. Mit der Staatsanwaltschaft, das sind ja auch Beamte, besteht zumindest mental ein Einverständnis. Man kennt sich aus den täglichen Abläufen. Die Neigung, Verfahren gegen Polizisten einzustellen, kann man voraussetzen.

Die Frage nach einer »dritten« Instanz ist also sehr berechtigt. Wir, sowie Teile der Polizeigewerkschaft GdP, fordern seit Jahren einen Polizeibeauftragten, ähnlich dem Wehr- oder dem Datenschutzbeauftragten. Eine solche Stelle müßte unabhängig von hierarchischen Strukturen arbeiten, als missing-link zwischen Beamenschaft und Öffentlichkeit. Ein Ansprechpartner für beide Seiten also, der das Recht haben muß, Akten anzufordern und dem nachzugehen. Er darf nicht an die Innenbehörde angebunden sein sondern bestenfalls ans Parlament und auf gar keinen Fall in polizeiliche Befehlsstrukturen.

■ **NK:** *Was halten Sie von der These, wonach Rechtsradikale besonders gerne den Polizeiberuf ergreifen?*

Diederichs: Die These, die Polizei ist anfällig für rechtsextreme Neigungen, ist gegenwärtig beliebt. Es gibt auch Beispiele, so findet sich beim Bundesgrenzschutz in Schleswig-Holstein ein hoher An-

teil Republikaner, die auch auf Landeslisten kandidiert haben. Rechte gibt es aber auch beim Verfassungsschutz oder in anderen Beamtenverbänden. Es ist weniger das Problem des Rechtsradikalismus, als vielmehr das eines konservativ geprägten Menschen, der in hierarchischen Befehlsstrukturen reingepreßt wird und sich darin ausleben kann.

■ **NK:** Die Innenministerkonferenz hat vor mehr als einem Jahr beschlossen, mehr Ausländer (als Angestellte) bei der Polizei einzustellen. Welche Erfahrungen gibt es damit?

Diederichs: Diese Überlegung ist immer wieder dann aufgetaucht, wenn es personelle Engpässe bei der Polizei gegeben hat. Die Frage ist also stets unter dem Aspekt, personelle Ressourcen zu erschließen, diskutiert worden, nicht unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Teilhabe.

■ **NK:** Zur Zeit besteht aber der Eindruck, als wenn die Innenminister am liebsten jeden eingestellten Ausländer demonstrativ der Öffentlichkeit bekanntgeben würden.

Diederichs: Die Polizeibeamten ausländischer Herkunft, die es bisher in der Bundesrepublik gibt, kann man bequem in einem Reisebus unterbringen. Solche Einstellungen sind bislang – trotz ihrer plakativen Wirkung – nur Strohfeuer. Man zwingt diese jungen Ausländer spätestens mit Übernahme in das Beamtenverhältnis die deutsche Staatsbürgerschaft anzu-

nehmen. Diese Hürde wird vorgeschoben, obwohl es einfach wäre, das Beamtenrecht entsprechend zu ändern. Die Aufgabe der eigenen Staatsbürgerschaft ist für viele eine nahezu unüberbrückbare Schwelle. Deshalb interessieren sich sehr wenig Deutschsprachige ausländischer Herkunft für den Polizeidienst.

■ **NK:** In den USA rekrutiert sich die Polizei im großen Maße aus Schwarzen und eingewanderten Minderheiten. Was kann es von diesen Erfahrungen ausgehend bringen, wenn die Polizei sich der Gesellschaft öffnet?

Diederichs: Es kann sein, daß im Binnenverhältnis der Polizei sich latenter Rassismus nicht weiter ausbreitet. Von anderen soziologischen Feldern kennen wir das Phänomen, daß dort, wo man am wenigsten Kontakt mit einer entsprechenden Gruppe hat, die größten Antipathien vorhanden sind. Wenn also mehr Ausländer in der Polizei wären, bestünde, vorsichtig formuliert, die Chance, daß sich auch in der Polizei langsam die gesellschaftliche Veränderung vollzieht und es so partiell zu weniger Übergriffen kommen kann. Im Außenverhältnis könnte es bewirken, daß die ausländischen Bevölkerungsanteile adäquater angesprochen würden, da Kenntnisse über kulturelle Hintergründe in die Polizei mit aufgenommen würden.

Zwei Beispiele aus anderen Staaten: Die Briten haben die Einstellungsvoraussetzung einfach nur dadurch geändert, daß sie die notwendige Körpergröße gesenkt haben. Dadurch haben sie Asiaten den Zugang zur Polizei ermöglicht, die zuvor einfach zu klein waren. In den Niederlanden hat Rotterdam ein Programm aufgelegt, bis auf weiteres verstärkt Ausländer, Frauen und Homosexuelle in die Polizei aufzunehmen, um tatsächlich einmal den Spiegel der Gesellschaft herzustellen.

■ **NK:** Sachsen-Anhalt will jetzt Ausländerbeauftragte in jeder Polizeidienststelle berufen und schulen.

Diederichs: Die Berliner Polizei hat in den siebziger Jahren bereits eine Arbeitsgruppe »Ausländer-Aufklärung« eingerichtet. Diese

Beamten hatten eine Mittelfunktion zwischen Ansprechpartner, Sozialberater und Repressionsorgan. Heute nennen sie sich nur noch Arbeitsgruppe Ausländer. Ihr Leiter ist vor einem dreiviertel Jahr zum Ausländerbeauftragten der Berliner Polizei ernannt worden. Ein schöner Titel, letztlich hat der Mann aber nichts weiter als einen Schreibtisch und ein Telefon. Er ist nicht einmal von seinen sonstigen Aufgaben entbunden. Das einzige, was er machen kann, ist Beschwerden entgegennehmen und den Beschwerdeführenden sagen, er werde mit seinen Kollegen reden, daß so etwas nicht mehr vorkomme.

Brandenburg ist einen anderen Weg gegangen. Das Polizeipräsidium Potsdam hat Ausländerbeauftragte auf den Wachen nahe der Asylbewerberheime stationiert. Diese Beamten sind von ihren Repressionsaufgaben entbunden, sie sind nur verpflichtet, Gewaltdelikte, nicht aber jedes Paßvergehen oder Zigaretten-smuggel zu verfolgen. Man kann Polizeibeamte zwar auf Dauer nicht zu Sozialarbeitern umschulen. Aber zeitweise kann das ein Weg sein, um überhaupt ein Verhältnis zwischen Polizei und Asylbewerbern zu schaffen, in dem Vertrauen wachsen kann. Sachsen-Anhalt ist nun das dritte Land, das etwas in der Art versucht.

■ **NK:** Was müßte man anders machen, um »neue« Polizisten heranzubilden? Zivilcourage kann man den Polizisten ja nicht antrainieren.

Diederichs: Nein, aber man kann die Isolation aufheben, in der Polizeibeamte ausgebildet werden. Es wird immer Bereiche geben, die nur von der Polizei selbst ausgebildet werden können, zum Beispiel spezielle Fahrtechniken, Schießausbildungen und ähnliches. Aber ein Großteil der Ausbildung kann außerhalb der Institution Polizei stattfinden. Zum Beispiel der Bereich der politischen Bildung. Warum soll die Rechtskunde nicht an Universitätsfakultäten mitgelebt werden? Wenn man rausgeht aus der gegenwärtigen Inzucht polizeilicher Ausbildung, werden die Beamten auch mit ganz anderen Ansichten konfrontiert. Das würde bedeuten, daß man den Anwärtern tatsächlich die Möglichkeit geben

muß, frei zu wählen innerhalb vorgegebener Strukturen. Der Lehrer wäre nicht mehr der Disziplinarvorgesetzte, so käme frischer Wind in die Polizei. Man müßte sich auseinandersetzen mit kritischen Beamten, die auf einmal vielleicht auf Konfrontation gehen würden. Die Innenminister aber müßten ihre Hoheit über einen Teil der Polizeiausbildung abgeben. Und das tun sie nicht.

■ **NK:** In der brandenburgischen Polizeischule Basdorf hat man einen Ethikunterricht geschaffen, in dem Leute von außerhalb, Pfarrer und Soziologen, lehren. Auf dem Programm steht unter anderem die Exkursion in ein Flüchtlingsheim.

Diederichs: Kleine Schritte in die richtige Richtung. Sie ändern nur nichts daran, daß die Ausbildung weiter dem Disziplinarrecht unterliegt und die Beamten nicht zur Selbständigkeit führt, zum eigenen Denken. Das ist ein Problem jeder Einrichtung, die komplett verschult ist.

■ **NK:** Wie groß ist die Sensibilität auf Innenministerkonferenzen, wenn solche Themen erörtert werden?

Diederichs: Die können Sie daran ermessen, wie lange es gedauert hat, ein Thema wie das Fehlverhalten bei der Polizei auf die Tagesordnung zu setzen. Die Skandale in Bernau, in Berlin – all das war nicht ausreichend genug. Erst als der Hamburger Innensenator zurückgetreten ist und selber gesagt hat, »ich kriege den Laden nicht mehr in den Griff«, sahen sich die Innenminister genötigt, um ihres Ansehens willen sich damit auf der Konferenz im November zu beschäftigen. Nach bisherigem Erfahrungsstand ist davon auszugehen, daß das Problem auf der Pressekonferenz noch mal groß herausgestrichen wird, der Polizeiarbeitskreis wird beauftragt, Lösungsmodelle zu entwickeln. Damit geht die Sache dann sang- und klanglos unter.

■ **NK:** Vielen Dank für dieses Gespräch.

Inge Günther ist Korrespondentin der Frankfurter Rundschau in Berlin und Mitarbeiterin dieser Zeitschrift